

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Donnerstag, 13. September 2018, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz Gemeindepräsident Andreas Hotz

Protokoll Gemeindeschreiber Walter Lipp

Anwesend Gemeinderat Andreas Hotz
Sylvia Binzegger
Berty Zeiter
Pirmin Andermatt
Jost Arnold
Paul Langenegger
Hans Steinmann

Stimmenzähler Marco Kathriner (Obmann)
Fredi Iten
Marcel Singenberger
Jonas Stalder

Anzahl Anwesende 189 Stimmberechtigte
7 Gäste

Zeit 19.30 – 21.45 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2018.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Andreas Hotz, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Liebe Kandidatinnen und Kandidaten
Geschätzte Gäste

Nach einem trockenen, phänomenalen Sommer und einem wunderbaren Herbstbeginn begrüsse ich Sie, auch wenn es heute ein bisschen regnet, im Namen des Gemeinderates ganz herzlich zur Gemeindeversammlung vom September 2018.

Neben der Erledigung bzw. Behandlung von sehr interessanten Interpellationen und einer Motion bietet sich heute Abend auch noch einmal die Gelegenheit, vor dem mit grosser Spannung erwarteten Super-Sunday-Wahltag vom 7. Oktober 2018, eine grosse Zahl von Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat, Kantonsrat und die RGPK anzutreffen und zu begutachten.

Seit der letzten Gemeindeversammlung vom 13. Juni mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Schweizer Fussballnati trotz Doppelbürgerschaften, die ich ausdrücklich nicht verurteile, nicht Fussball-Weltmeister wurde, die 1. August-Feier in einem würdigen Rahmen durchgeführt werden konnte und unser Dorffest trotz widrigsten Wetterbedingungen gut besucht war und einen grossen Erfolg verbuchen konnte.

Erfreulich waren auch die sehr abwechslungsreiche Kunstnacht, die noch einige Tage offen stehende Ausstellung über das Leben und Wirken von Alex Stocker und die Feststellung, dass die Gemeinde Baar im Gemeinde- und Städterating der Weltwoche, ich gebe zwar nicht so viel darauf, sich auf dem hervorragenden 5. Rang wiederfindet.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass somit ein guter, wenn auch schweisstreibender Start in die zweite Jahreshälfte hinter uns liegt.

Einen speziellen Gruss richte ich einmal mehr an die anwesende Presse bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter und ich danke bereits an dieser Stelle für eine korrekte und somit erneut gute Berichterstattung.

Namentlich erwähne ich und begrüsse ich vom Zugerbieter, unserem Haus- und Leibblatt, Markus Weiss, von der Zuger Zeitung Rahel Hug und von Zentralplus Wolfgang Holz.

Ich stelle gleichzeitig fest, dass die Einladungen und Publikationen zur heutigen Gemeindeversammlung rechtzeitig erfolgt sind und somit kann auch die heutige Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden.

Zuerst ist das Büro zu bestellen: Von Amtes wegen ist erneut unser Weibel, Marco Kathriner, als Vorsitzender der Stimmenzähler zu nominieren. Als weitere Stimmenzähler kann ich vorschlagen: Herr Fredi Iten, Herr Marcel Singenberger und Herr Herr Jonas Stalder. Gibt es andere Kandidaturen? Gegenvorschläge? Gibt es Vorbehalte betreffend diesen Nominierten vier Herren? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würde ich beantragen, die vier Herren mit einem warmen Applaus ins Amt einzusetzen.

Betreffend Stimmrecht weise ich noch darauf hin, dass nicht Stimmberechtigte, d.h. nicht Volljährige sowie nicht in Baar Wohnhafte, sich zu melden haben. Wer sich nicht meldet bzw. trotzdem abstimmt, würde sich strafbar machen. Dieser Fall ist aber in

den vergangenen 16 Jahren nie eingetreten. Trotzdem würde ich es begrüßen, wenn sich die heute Anwesenden nicht Volljährigen beziehungsweise nicht Stimmberechtigten kurz von den Sesseln erheben könnten, damit wir einen Überblick haben, wer nicht an der Abstimmung teilnehmen kann. Herzlich willkommen an der Gemeindeversammlung hier in Baar.

Ich orientiere noch über Neueingänge von Motionen und Interpellationen. Seit der Drucklegung ist eine Motion der Alternative - die Grünen am 28. August 2018 eingereicht worden. Dabei handelt es sich um die Motion betreffend Aktionsplan "Grüne Stadt". Diese Motion wird voraussichtlich an der nächsten Gemeindeversammlung vom Dezember 2018 behandelt.

Die anderen hängigen Vorstösse, welche zum Teil heute auch behandelt werden, finden Sie auf Seite 4 der Gemeindeversammlungsvorlage. Ich schlage vor, dass wir die Traktanden gemäss der zugestellten Traktandenliste abhalten. Gibt es andere Vorschläge, Anträge? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir gehen somit gemäss Traktandenliste vor.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13. Juni 2018 – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 6. August 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Wir kommen zum ersten Traktandum. Das ist das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13. Juni 2018. Wünscht jemand das Wort zum Protokoll der letzten Gemeindeversammlung? Das Wort wird nicht gewünscht. Ich bitte den Gemeindeschreiber den Antrag des Gemeinderates zu verlesen.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Beiträge In- und Auslandhilfe - Ausrichtung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 6. August 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Raphael Schenkel

Mein Name ist Raphael Schenkel und ich bin Vorstandsmitglied der Alternative – die Grünen von Baar. Ich komme nicht hier nach vorne, um über einzelne Projekte zu diskutieren, denn diese scheinen mir alle sehr unterstützungswert zu sein. Ich möchte gerne einen Antrag um Erhöhung der In- und Auslandhilfe stellen.

Wir wissen alle, dass Baar eine der wohlhabendsten Gemeinden in unserem reichen Land ist. Aber trotz all dem Wohlstand geht es nicht allen Menschen gleich gut. Der Bundesrat hat im 2018 veröffentlicht, dass in der Schweiz ca. 600'000 Menschen von Armut betroffen sind. Dazu kommen nochmals etwa gleichviele Personen, welche knapp an der Armutsgrenze leben. Dies bedeutet unter anderem, dass sie unvorhergesehene Ausgaben wie eine Zahnarztrechnung eines Kindes nicht selbständig begleichen können. Alles in allem ist jede achte Person in der Schweiz von Armut betroffen oder gefährdet. Wenn man dann über die Landesgrenze hinausschaut, sieht es nicht viel besser aus. Zum heutigen Zeitpunkt lebt die Hälfte der Menschheit unter der Armutsgrenze. Ein Drittel der Menschheit hat keinen Zugang zu fliessendem Trinkwasser und jeden Tag sterben bis zu 24 Personen an den Folgen von Mangelernährung. Natürlich können wir nicht die ganze Armut bei uns in der Schweiz aufnehmen und natürlich ist nicht die Schweiz alleine für die Ungerechtigkeiten auf dieser Welt verantwortlich. Aber es liegt auf der Hand, dass wir mit unserer Steuerstrategie viele Unternehmen anziehen, welche bei uns zwar zum Wohlstand beitragen, ihr Geschäft aber in anderen Ländern durchführen. Beispielsweise ist es leider immer noch so, dass weitaus mehr Geld aus Afrika in Europa verschwindet, als dass Entwicklungshilfe von uns geleistet wird. Sie alle kennen das Rechnungsergebnis 2017 und auch im laufenden Jahr sind wir auf einem guten Kurs. Wir von den Alternativen – die Grünen sind deshalb der Meinung, dass es wichtig wäre, wenn sich die Gemeinde Baar noch ein bisschen stärker für die Menschen einsetzen würde, welche weniger privilegiert sind.

Wir beantragen deshalb, eine Erhöhung der In- und Auslandhilfe von CHF 200'000.– auf CHF 400'000.–. Wenn Sie auf der Seite 6 schauen, wie dies 2008 und 2009 ausgesehen hat, dann denke ich, dass unser Antrag absolut unterstützungswert ist. Danke vielmals.

Walter Hotz

Ich kann diesen Antrag nur unterstützen. Wenn ich sehe, wie reich die Gemeinde Baar ist, und ich bin sehr viel in der Welt herumgekommen und habe die Armut gesehen, dann kann ich diesen Antrag nur unterstützen. Ich möchte jetzt nicht sagen, ob es CHF 200'000.–, CHF 300'000.– oder CHF 400'000.– sein sollen. Aber für mich sind CHF 200'000.– absolut an der untersten Grenze.

Heini Schmid

Ich möchte gerne eine Präzisierung. Jetzt ist die ganze Sache an konkrete Projekte verknüpft. Wenn Sie jetzt einfach den Betrag um je CHF 100'000.– erhöhen, ist dies nicht kongruent mit diesem Antrag. Man müsste konkrete Hilfsprojekte ausweisen. Dies ist mein Kritikpunkt. Wenn ihr mit einem solchen Antrag kommt, müsstet ihr euch mindestens auch die Mühe geben und sagen, wie ihr es verwenden möchtet. Merci.

Andreas Lustenberger

Die Frage, die Heini Schmid gestellt hat, kann man ganz einfach beantworten. Dies kann durchaus im Ermessen des Gemeinderates erfolgen. Heini Schmid als langjähriger Kantonsrat weiss, dass oftmals im Kantonsrat Anträge auf pauschale Kürzungen gestellt werden oder auch schon hier an der Gemeindeversammlung gekommen sind. Da hat man auch nicht gesagt, wo gekürzt werden soll. Man sagt einfach, der Gemeinderat oder die Regierung sollen schauen. Ich denke, dass man eine Verdoppelung durchaus in die Kompetenz des Gemeinderates geben kann. Er hat auch jetzt sehr gute Projekte ausgesucht und ich denke, dass er zusätzliche gute Projekte finden würde, um das Geld sinnvoll zu investieren.

Andreas Hotz

Das Wort zur In- und Auslandhilfe wird nicht mehr gewünscht. Ich erlaube mir spontan einige Bemerkungen dazu. Ich hatte noch keine Gelegenheit gehabt, mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates zu beraten. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir eine langjährige und sehr hoch akzeptierte Praxis betreffend zusätzliche Beiträge in der In- und Auslandhilfe haben. Wie es Redner Heini Schmid schon gesagt hat, kommen wir mit kompletten Vorschlägen an die Gemeindeversammlung. Ich bin mir bewusst, dass wir aufgrund der sehr guten finanziellen Situation der Gemeinde Baar darüber diskutieren können, ob die Gemeinde zusätzliche Beiträge leistet. Das machen wir auch, denn wir haben im Budget noch je 100'000.– für die In- und Auslandhilfe enthalten. Wir nehmen diese Voten gerne auf und werden im Budgetprozess innerhalb des Gemeinderates die Diskussion weiterführen und dort allenfalls einen anderen Beitrag stellen. Ich möchte beliebt machen, das System jetzt nicht zu ändern und nicht mit Gemeindeversammlungsbeschlüssen, mit emotionalen Beschlüssen, die Beträge zu verändern. Wir haben das im Gemeinderat die letzten 10 bis 15 Jahre so machen können. Im Kanton Zug gibt es meines Wissens keine Praxis, die eine derart hohe humanitäre Verhaltensweise hat. Dies vom Gemeinderat, aber auch unterstützt vom Souverän. In diesem Sinn und Geist beantrage ich die Ablehnung vom Verdoppelungsantrag von Raphael Schenkel.

Wir haben zwei Anträge. Ins erste Mehr kommt der Antrag des Gemeinderates, ins zweite Mehr der Antrag der Alternative - die Grünen, um Verdoppelung der Beiträge.

Antrag

Der Ausrichtung der Beiträge im Rahmen der Inlandhilfe, CHF 100'000.--, und der Auslandhilfe, CHF 100'000.--, im Totalbetrage von CHF 200'000.– durch Entnahme aus der Freien Reserve sei zuzustimmen.

Beschluss

Der Ausrichtung der Beiträge im Rahmen der Inlandhilfe, CHF 100'000.--, und der Auslandhilfe, CHF 100'000.--, im Totalbetrage von CHF 200'000.– durch Entnahme aus der Freien Reserve wird – gegenüber einem Antrag auf total CHF 400'000.– auszurichten mit 122 zu 48 – zugestimmt.

Traktandum 3

Anpassung Gemeindeordnung aufgrund der Motion der FDP.Die Liberalen Baar und der SVP Baar für mehr Demokratie in der Gemeinde Baar

Die Vorlage des Gemeinderates vom 6. August 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Michael Arnold

Die Mitmotionärin SVP Baar und wir von der FDP Baar möchten uns an dieser Stelle recht herzlich bedanken für die zeitnahe und kompetente Umsetzung unserer Motion. Der Gemeinderat hat damit gezeigt, dass er sich nicht scheut, neue Sachen umzusetzen und anzupassen, wenn dies nötig wird und hat damit ausreichend Balance bewiesen.

Die politischen Kommissionen sollen neu mit 9 anstatt 7 Mitgliedern bestückt werden und bei der Verteilung werden die Wahlresultate des Kantonsrats und des Gemeinderats beachtet. Eine andere Möglichkeit zur Abbildung der Stärkeverhältnisse hat man auf Gemeindestufe nicht. Zudem hat man entsprechend auch gleich Gesetzeslücken bezüglich der Verteilung geschlossen, was sowieso nötig war. Somit werden alle Parteien gemässigt vertreten. Mit dem vorliegenden Vorschlag des Gemeinderates hat man nach unserer Meinung das Baarer Erfolgsmodell weiterentwickelt und fit gemacht für die Zukunft. Und, geschätzte Damen und Herren, dies praktikabel und lösungsorientiert. Genau dies wäre beim Vorschlag der glp nicht der Fall gewesen. Beim Vorschlag der GLP würden die Kommissionssitze über mehrere Runden verteilt und zugeordnet. Die Parteien wüssten erst beim Abschluss der Runden, in welchen Kommissionen sie mit wievielen Mitgliedern vertreten sind. Je nach Verteilung der Kommissionssitze kann es auch sein, dass wir so bereits wieder eine Fehlabbildung des Wähleranteils schaffen. Zudem sollen nur die Kantonsrats-Resultate beachtet werden. Wenn man nur einen Kantonsrats-Sitz hat, wie es bei der glp der Fall ist, ist dieses Vorgehen logisch und im Eigeninteresse der Partei. Aber warum soll das Eigeninteresse einer Partei über das Interesse von uns Stimmbürgern gestellt werden? Zumal notabene der eine Kantonsratssitz momentan durch eine Stadt Zugerin besetzt ist, die die Interessen von Baar im Kantonsrat vertreten soll.

Geschätzte Gemeindeversammlung, genau deshalb ist es wichtig, dass auch die Gemeinderatswahlresultate beigezogen werden, weil diese für uns in Baar entscheidend sind. Deshalb möchte ich als Bürger auch, dass das in den Kommissionen entsprechend abgebildet wird. Und wir sind definitiv nicht auf einem Basar, auf welchem es darum geht, die besten Geschäfte zu machen oder möglichst viele Kommissionssitze zu ergattern. Es geht um die Verteilung der Kommissionssitze. Diese sollen gleichmässig und demokratisch verteilt werden. Genau so, wie es der Gemeinderat in der Vorlage präsentiert. Alles andere führt nur zu Verwirrung, Komplizierung und Unverständnis.

Aus den genannten Gründen empfehlen wir Ihnen, dem Vorschlag des Gemeinderates zuzustimmen und damit unser bewährtes System der Gemeindeversammlung und den Kommissionen für die Zukunft zu sichern. Warum dies der richtige Weg ist, wer-

den die entsprechenden Vertreter unserer Parteien im nächsten Traktandum erläutern. Herzlichen Dank.

Thomas Gwerder

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung dieser Vorlage. Die Motion wurde an der Juni-Gemeindeversammlung erheblich erklärt und bereits drei Monate später stimmen wir über die Umsetzung ab. Der RGPK war es wichtig, dass diese Anpassung vor den Wahlen vom 7. Oktober erfolgt und danach die Sitzverteilung und die Anzahl Mitglieder für die politischen Kommissionen klar geregelt sind.

Die RGPK unterstützt einstimmig den Vorschlag des Gemeinderates, die Anzahl der Sitze auf 9 zu erhöhen und das Parteiverhältnis im Gemeinderat und den Stimmanteil vom Kantonsrat zu berücksichtigen. Die durch die Umsetzung entstehenden zusätzlichen Kosten sind für die Stärkung des Kommissionswesens und breitere demokratische Abstützung vertretbar.

Die Parteien haben für die jeweiligen Kommissionen fachlich geeignete und motivierte Kandidaten zu nominieren.

Riitta Arnold

Ich spreche für die glp, stehe aber auch als Mathematikerin hier. Der Vorschlag des Gemeinderates, der von den Motionären und der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission unterstützt wird, ist aus mathematischer Sicht undemokratisch und ich werde beweisen, dass das nicht nur wegen der glp so ist. Aus mathematischer Sicht ist es reiner Zufall, wenn dabei etwas Sinnvolles rauskommt.

Ich habe einige Beispiele, um dies darzulegen. Im Anschluss werde ich auch nochmals unseren Vorschlag erklären und unsere Anträge zu diesem Geschäft stellen. Es wird eine Weile dauern, doch ich hoffe, es ist im Anschluss klar, warum ich das mache.

Es wird auf die Powerpoint-Präsentation im Anhang verwiesen.

Wir empfehlen den Antrag des Gemeinderates zur Ablehnung und stellen stattdessen folgende Änderungsanträge:

Die Wahlergebnisse bzw. die Sitzergebnisse des Gemeinderates sollen bei der Verteilung der Kommissionen nicht berücksichtigt werden. Dies, weil die Kommissionen neben der Gemeindeversammlung das einzige sind, worauf man noch einigermaßen Einfluss nehmen kann. Kommissionen haben Legislativcharakter, warum sollte man eine Exekutivwahl und eine Kopfwahl einbeziehen? Falls dieser Antrag abgelehnt wird, beantragen wir, dass darüber abgestimmt wird, dass der Gemeinderat maximal so gewichtet wird, dass ein Gemeinderatssitz nicht mehr Gewicht als ein Kantonsratssitz hat. Dies ist analog dazu, was der Gemeinderat im Juni vorgeschlagen hat.

Wir bringen zur Abstimmung, dass die Neuregelung der Kommissionsbesetzung so festgelegt wird, dass kein demokratisch hohes Quorum eingeführt wird. Dies indem die Verteilung der Sitze nicht pro Kommission sondern über die Gesamtzahl aller Sitze gemacht wird. Und, das ist wichtig, dass nachher diese Zuordnung auf die Kommissionen basierend auf fixe im Voraus definierte Regeln gemacht wird, damit es nicht zu einem Hickhack kommt.

Zari Dzaferi

Seit der Kanti habe ich das erste Mal wieder Mathe verstanden. Ich weiss nicht, wie viel an Aufwand zu beziffern ist, um eine solche Präsentation zu machen. Ich finde es wurde verständlich dargelegt, weshalb das System der glp nicht einfach nur ihnen dient sondern im Prinzip unsere Legislative stärkt. Und es geht uns ja auch um die Stärkung der Legislative. Es geht nicht um einen Basar, wo man einfach eine Partei reinnimmt, damit sie auch vertreten ist. Am Schluss ist es wichtig, dass alle, die in Baar etwas bewegen und sich engagieren möchten, ein gewisses Level erfüllen, damit sie sich einbringen können.

Was der Gemeinderat vorschlägt, ist Machterhaltung. Es ist ein schweres Wort, aber ich kann mir nicht vorstellen, weshalb man in einer Legislative, die extern von der Exekutive funktionieren soll, die Stärke des Gemeinderates einbinden soll. Am Stammtisch sagt man, man „bäschelet“ miteinander. Ich denke, dass es auch ein gegenseitiges Kontrollieren ist. Wir, die Legislative, die hochgelobt wird. Man spricht immer vom Baarer Erfolgsmodell. Das Baarer Erfolgsmodell kommt einem Erfolgsmodell näher, wenn man auch die Zusammensetzung der Kommissionen nicht mit dem Gemeinderat vermischt. Bedenken Sie auch die Aufblähung der Kommissionen. Man spricht immer davon, dass ein Parlament viele Leute benötigt und diese Leute findet man nicht. Jetzt möchte man mit dem Vorschlag des Gemeinderates die Kommissionen auf 9 Personen aufblähen. Und warum? Ich denke, es geht einfach darum, dass die Parteien, die jetzt im Gemeinderat schon viel Macht haben, diese Macht auch erhalten können. Bedenken Sie auch das, wenn Sie nachher abstimmen. Ich habe im Vorfeld im Zugerbieter geschrieben, dass die SP sich den Antrag der glp anhören wird und ich konnte mich nicht absprechen. Ich denke, man wird dem Antrag folgen.

Martin Pulver

Vorab entschuldige ich mich, dass ich nicht in der Ritterrüstung erscheine. Nachdem mich die Presse den Richter des fröhlichen Gemüts genannt hat, dachte ich, dass ich etwas ernsthafter auftreten muss. Bei dem Wetter draussen ist das auch besser, sonst wäre ich noch eingerostet.

Ich finde es grundsätzlich gut, dass man den Mix zwischen Kantonsrat und Gemeinderat macht und nicht nur den Kantonsrat berücksichtigt. Was mir aber beim ersten Teil Mühe macht ist, dass die Gesetzesbestimmung in der Gemeindeordnung sehr knapp gehalten ist und die Erklärungen, die der Gemeinderat in der Vorlage gemacht hat, nirgends widerspiegelt werden. Es steht weder drin, dass es 9 Kommissionssitze gibt, noch steht, wie die Gemeinde die Kommissionsmitglieder ermittelt. Es fehlt viel.

Es ist so, dass wohl der Gemeinderat überrascht wurde, dass er es mit einem Parteilosen zu tun bekommt. Nur so ist es zu erklären, dass diese Bestimmungen das überhaupt nicht berücksichtigen und die Broschüre erst ganz am Schluss nebenbei sagt, wenn dann ein Parteiloser kommt, sehen wir das so. Auch das wird in der entsprechenden Bestimmung nicht berücksichtigt.

In einem wesentlichen Punkt widerspreche ich der glp und der SP. Es wurde gesagt, die Zusammensetzung im Mix zwischen Kantonsrat und Gemeinderat sei undemokratisch. Was ist hier undemokratisch? Ist denn eine Wahl zum Gemeinderat, die im Majorzsystem geführt wird, undemokratisch. Es können doch alle Baarerinnen und Baarer stimmen und denjenigen wählen, den sie für gut befinden. Und wenn er über eine Partei kommt, ist er halt in einer Partei. Und ist er parteilos, ist er parteilos. Doch unde-

mokratisch ist das mit Bestimmtheit nicht. Es wird das Kantonsratsmodell mit der Sitzverteilung als demokratisch dargestellt, doch das Wahlergebnis der Gemeinderatswahlen überhaupt nicht. Hier habe ich Zweifel, ob die glp und SP genügend Demokratieverständnis haben. Fakt ist doch, dass im Kantonsrat die glp und die SP mit einem Prozentsatz vertreten sind, jedoch im Gemeinderat nicht. Deshalb ist es doch politisch klar, wo das hinzielt. Sie wollen die Kommissionen vermehrt mit ihren Leuten besetzen, indem sie schauen, dass hauptsächlich der Kantonsrat zur Bestimmung der Kommissionssitze massgebend ist.

Jetzt müssen wir uns aber überlegen, was denn der Sinn der Kommissionen ist. Die Kommissionen sind doch dafür da, dass sie die Haltung des Gemeinderates und die Kenntnisse des Gemeinderates besser abstützen, Erfahrungen von Aussen einbringen, den Gemeinderat beim Regieren unterstützen und so auch eine tatkräftige Hilfe bieten, damit der Gemeinderat seiner Arbeit nachkommen kann. Auf der anderen Seite haben die Kommissionen auch den Sinn, dass ein Gemeinderat über die Leute seiner Partei, oder bei einem Parteilosen über die von ihm vorgeschlagenen Personen, in die Kommissionen Einfluss nehmen kann, respektive Leute nehmen kann, die von der Haltung etwa dem entsprechen, was ihm und der Partei entspricht. Sonst passiert folgendes: Die Kommissionen sind über den Kantonsrat besetzt. Nachher bereiten sie etwas für den Gemeinderat vor und der Gemeinderat, der dort in den Kommissionen nicht vertreten ist, wird überrascht. Plötzlich hat diese Kommission eine Lösung ausgearbeitet, die im Gemeinderat überhaupt keine Unterstützung hat, da der Gemeinderat vorher nicht genügend vertreten war und auf der anderen Seite die Kommissionen ganz anders als der Gemeinderat zusammengestellt sind, in seiner Zusammensetzung mit den Parteien respektive parteilosen Mitgliedern.

Das kann nicht der Sinn von den Kommissionen sein. Dass etwas kommt, dass überhaupt nicht dem entspricht, was der Gemeinderat entscheiden wird. Hier schiessen wir klar am Ziel vorbei.

Das mathematische Modell, das der Gemeinderat vorgeschlagen hat, ist meines Erachtens grundsätzlich gut. Aber: Es ist dann nicht gut, wenn ein Gemeinderat zu wenig prozentuale Stimmen im Kantonsrat hat und somit die Kantonsratsstimmen 0 sind. Wenn er einen Sitz im Gemeinderat hat, wird das Ergebnis halbiert. Es kann gut sein, dass, aufgrund der beschriebenen Reststärke, dieser Gemeinderat überhaupt keinen Sitz in den Kommissionen hat. Somit wäre er in den Kommissionen nicht vertreten, bekommt keine Informationen und seine Interessen sind nicht vertreten. Deshalb schlage ich vor, dass man, wenn ein Gemeinderat über dieses Modell nicht in den Kommissionen vertreten ist, diesem Gemeinderat mindestens einen Sitz in den Kommissionen zusagt.

Ich mache einen Vorschlag in Bezug auf die Schilderung des neuen Artikels. Sie sehen hier den Buchstaben b). Schwarz gedruckt, was bereits drin steht und rot den Vorschlag des Gemeinderates. Dies in Worte gefasst, dass alles in diesem Gesetz selber steht und nicht nur in einer Broschüre zur Gemeindeversammlung. Das rote ist das, was meines Erachtens schon drin steht. Das blaue ist, was zusätzlich dazu kommt, was ich entsprechend erläutert habe. Der rote Text ist das System. Als Klarstellung steht als letzter Satz, dass Parteilose bei diesen Berechnungen und Zuteilungen je als eigene Partei gelten. Denn es könnte auch sein, dass wir in Zukunft mehrere Parteilose haben. Es stellt sich dann die Frage, ob man diese Sitze für alle zusammen nimmt. Dies ist eine Klarstellung, dass Parteilose als je eine Partei gerechnet werden. Ich lese das vor: Sollte eine Partei, welche einen Gemeinderat stellt, vor Zuteilung entspre-

chend der Reststärke keinen Anspruch auf einen Kommissionssitz haben, so ist dieser Partei zuerst ein Kommissionssitz zuzuteilen, ihre Reststärke zu streichen und danach entsprechend der Zuteilung nach der vor der Streichung berechneten Reststärke erfolgen. Sollten mehrere Parteien, welche einen Gemeinderat stellen, von der Zuteilung entsprechend der Reststärke einen Anspruch auf einen Kommissionssitz haben, erfolgt die Zuteilung untereinander zuerst an die Partei mit der höchsten Reststärke und dann absteigend. Es ist etwas kompliziert. Im roten Text steht nur das, was der Gemeinderat schon gesagt hat. Dann kommt das wesentliche, nämlich was passiert, wenn ein Gemeinderat die 11.11 Prozent nicht erreicht, indem er im Schnitt der Stimmen vom Kantonsrat und vom Gemeinderat nicht auf diese 11.11 kommt und noch zusätzlich so tief liegt. Vielleicht geht das auch, dass man mit 8 Prozent keinen Sitz aufgrund der Reststärke erhält. Was passiert dann? Dann hätte er keinen Sitz in den entsprechenden Kommissionen und wäre dort nicht vertreten, wenn es nach der jetzt berechneten Reststärke geht. Und so hat er mindestens, wenn er aufgrund der Reststärke nicht reinkommt, einen Sitz in diesen Kommissionen und ist dort vertreten. Er kann jemanden wählen, der seine Interessen vertritt plus er hört zusätzlich etwas von den Kommissionssitzungen und ist entsprechend vorbereitet.

Dies zusammenfassend mein Antrag. Ich hoffe, er ist nicht zu kompliziert. Auch was im roten Bereich steht. Meines Erachtens muss das Wesentliche im Gesetz stehen. Dies wäre dadurch gegeben.

Heini Schmid

Ich komme mir vor wie beim Eile mit Weile, wenn man die Spielregeln jederzeit nach seinem Bedürfnis zu ändern versucht. Bist du parteilos, brauchst du jemanden in den Kommissionen, wenn du wenige Parteisitze oder keinen Gemeinderatssitz hast, möchtest du unbedingt den Kantonsratsproporz berücksichtigen. Es gipfelt darin, dass man schlussendlich sagt, dass die Kommissionen eine Legislative sind. Im Baarer Modell sind die Kommissionen keine Legislative sondern beratende Organe des Gemeinderates. Herr Pulver hat das treffend ausgeführt. Grundsätzlich sollten sie die Geschäfte für den Gemeinderat mitvorbereiten, deshalb hat man bis anhin auch den Gemeinderatsproporz für die Kommissionen genommen. Kommissionen sind ein zudienendes Organ für den Gemeinderat.

Die CVP ist in Anerkennung der Verwerfungen an den letzten Wahlen der Meinung, dass die Repräsentanz wichtig ist. Es ist wichtig, dass sich das Baarer Modell nicht auf wenigen Schultern abstützt. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Gemeinderates zur Güte, damit wir eine gewisse Repräsentanz haben.

Was den Vorschlag der glp betrifft. Dieser hat mit der Verteilung der Sitze im Kantonsrat nichts zu tun. Dort haben wir 15 Sitze. In jeder Kommission wird nach dem Parteienproporz verteilt. Es gibt keine Gesamtpukelsheim-Verteilung über alles und die 80 Sitze werden verteilt. So geht das nicht. Man hat nach dem Parteienproporz klare Zuweisungen. Die CVP hat 4 Sitze, die SVP hat 4 Sitze, die FDP hat 3 Sitze, die Alternative hat 2 Sitze, SP hat 1 Sitz. Das wird durch alle Kommissionen gezogen. Es gibt also keinen Gesamthaufen und mühsam wird geschaut, wer in welche Kommission kommt. Das ist der Proporz, wie er im Kantonsrat ist.

Bitte halten Sie auch in diesem Bereich das Baarer Modell bei. Nehmen Sie den Kompromiss des Gemeinderates an. Er ist ein guter Kompromiss und einfach umzusetzen. Hören wir auf, nach jeder Wahl die Spielregeln neu zu definieren.

Martin Zimmermann

Ich mache einen Nachtrag für die glp. Ich konnte als Mäuschen mithören, was um mich herum geredet wurde, als meine Kollegin Riitta Arnold alles gut ausgeführt hat.

Eine Präzisierung betreffend Restmandate. Es ist ähnlich, wie wenn jemand etwas mit Icehockey zu tun hat, wie bei den Talenten. Die Drafts, die ausgeführt werden. Das passiert nicht in 30 Minuten sondern man braucht 2 bis 3 Biere, die man zusammen trinkt für die Kommissionszuteilung. Doch es ist wirklich schnell zu machen.

Ich bin etwas enttäuscht, wie schnell sich die FDP und die SVP anhand ihrer Motion zufrieden gegeben haben. Die Demokratie, wie sie in der Motion genannt wurde, ist im Vorschlag des Gemeinderates relativ schwach umgesetzt.

Danke für das Votum von Martin Pulver. Das war unsere Kimi Räikkönen-Partei im Beispiel. Es gibt sehr wahrscheinlich einen Sitz, auch wenn jemand nur im Gemeinderat ist. Sie als Gemeindeversammlung müssen entscheiden, ob diese Einzelperson ohne Partei im Hintergrund 10 Leute für die Kommissionen bestimmen müsste. Das müssen Sie entscheiden, ob Sie das gut oder schlecht finden.

Zum Hinweis der CVP. Ich habe das letzte Mal vom Kantonsrat gesprochen. Bei unseren Berechnungen war das nicht mehr drin. Es ist so. Doch wie werden die Kantonsratskommissionen bestimmt? An der Regierung oder eher an den Kantonsratswahlen? Man müsste schauen, was dort relevant ist.

Es stimmt, dass Kommissionen ein beratendes Organ für den Gemeinderat sind. Dadurch, dass wir kein Parlament haben, haben wir eine starke Gewichtung des Gemeinderates. Ich gebe Recht, dass es keine Legislative ist. Doch es soll doch ein Arm sein, der auf den Gemeinderat Einfluss nehmen kann.

Anna Lustenberger

Zuerst vielen Dank für den Anpassungsentwurf des Gemeinderates. Ebenfalls danke ich Riitta Arnold für die äusserst genaue Ausrechnung eines Modells, das wirklich sehr gerecht ist. Ich war erstaunt, wie einfach du das vorgestellt hast, Riitta. Vielen Dank. Das Modell klingt vielleicht kompliziert, aber ich hatte das Gefühl, dass es viele verstanden haben. Es ist ein sehr logisches Modell, wenn man der Bevölkerung in Baar mit den verschiedenen Parteisympathien gerecht werden möchte.

Wir Alternative - die Grünen unterstützen diese Anträge, und ich möchte Sie, liebe Baarerinnen und Baarer bitten, dies ebenfalls zu tun.

Wir wählen unser Parlament für den Kantonsrat bereits das zweite Mal nach dem System doppelter Pukelsheim. Auch dieses Modell klingt kompliziert, ist es aber nicht. Es will einfach, dass jede Wahlstimme, die abgegeben wird, ihren Wert bekommt, mehr nicht. Der Kanton musste das Wahlgesetz anpassen, weil es nicht konform mit unserer Bundesverfassung war. Die meisten von Ihnen, haben diesem Wahlgesetz bei der Abstimmung zugestimmt. Ich weiss nicht, ob nun alle ihrem Nachbarn, dieses Berechnungssystem kurz erklären könnten. Doch eines weiss ich. Sie finden dieses Wahlverfahren bestimmt gut und gerecht. Also können wir auch gemäss diesem wählen.

Dieses Wahlverfahren doppelter Pukelsheim habe ich als Ratsmitglied vor sicher gut 10 Jahren das erste Mal in den Kantonsrat gebracht. Ich war Mitglied der Kommission Revision des Wahl- und Abstimmungsgesetz. Damals wurde es von vielen Rätinnen

und Räten belächelt und in den Wind geschlagen. Sie haben die Augen davor verschlossen und wollten nichts davon wissen. Nun wird es aber bereits das zweite Mal angewendet.

Genau so kommt es mir nun vor, wenn ich die Berichte der Parteien lese, wenn ich die Voten von einzelnen gehört habe, wenn ich den Entwurf des Gemeinderats lese. Es muss schnell durchgewunken werden, es pressiert. Warum denn?

Erstaunt hat mich daher auch die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission. Ich musste auch vermuten, dass sie das im Eiltempo schnell durchwinken wollten. Ich frage mich, ob diese Kommission die Anträge der glp, die schon eine Weile bekannt sind, nicht nachgerechnet hat, und gesehen hat, dass dieses Modell seine Berechtigung hat. Gerade von dieser Kommission, der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, hätte ich erwartet, dass auch etwas zu diesem Modell gesagt wird.

Dieses Modell, das die glp vorschlägt, unterstützen wir nicht als Partei, weil wir sogar verlieren könnten. Es ist einfach gerecht. Und auch wenn Heini Schmid gesagt hat, wir müssen doch nicht den doppelten Pukelsheim anwenden, dieser ist im Kantonsrat. Doch warum denn nicht? Wir können doch auch hier ein Modell bestimmen, das wir gerecht finden und wo Parteisympathien zum Zug kommen. Manchmal haben Sie Sympathien mit dieser, mal mit dieser Partei. Die grösste Partei der Gemeinde sind die Parteilosen. Da sie manchmal mit dieser und manchmal mit dieser Partei einverstanden sind und sich nicht einer Partei anschliessen möchten.

Stimmen Sie doch den Anträgen der glp zu. Wir von den Alternative - die Grünen werden es auf jedenfall machen.

Daniel Abt

Ich muss noch kurz etwas dazu sagen. Es sind einige Voten für das Modell der glp gefallen. Ich nehme an, Sie stimmen mir zu, dass nicht alle Kommissionen in unserer schönen Gemeinde das gleiche Gewicht haben. Wir haben eine Finanzkommission, wir haben die Baukommission, wo viele gerne mitmachen, Integrationskommission, Kinder- und Familienkommission usw.. Ich weiss nicht, ob von der glp oder Partei Pulver berücksichtigt wurde, in welcher Kommission ihr mitarbeiten dürft. Ich weiss nicht, ob ihr am Schluss nicht mit langen Gesichtern dasteht. Bitte macht euch Gedanken darüber.

Simon Rohrer

Wir könnten hier noch ewig diskutieren, was das beste System ist. Schlussendlich ist es eine Grundsatzfrage. Ich möchte nur kurz etwas dazu sagen. Ich war früher in Zug wohnhaft und wurde in den Grossen Gemeinderat gewählt. Wenn man dort die Kommissionen anschaut, ist das nicht proportional zu der Parteistärke sondern proportional zu den gewählten Mitgliedern im Gemeinderat. Auch dort müsste man das irgendwie verknüpfen.

Wir können entscheiden. Wollen wir, dass alle kleinsten Parteien irgendwo in einer Kommission vertreten sind, damit sie dem Gemeinderat irgendwelche Steine vor die Füsse schmeissen können? Ich habe es im Schema der glp durchgerechnet und es braucht weniger als 1.5%, um als Partei in einer Kommission zu sein. Wollen wir Kommissionen, die nach einer Kopfwahl von der Zusammensetzung des Gemeinderats

tes entschieden werden? Mit diesem Modell haben wir sicher ein ausgewogenes Modell, wo die Parteistärke und auch die Gemeinderatsstärke bei der Kopfwahl berücksichtigt werden.

Wir könnten wirklich noch ewig diskutieren. Ich möchte Ihnen darlegen, dass Sie dem Vorschlag des Gemeinderates folgen.

Andreas Elbel

Ich bin etwas verwirrt. Wir haben verschiedene Voten gehört. Wofür sind die Kommissionen? Einerseits beratend oder auch Legislative? Je nachdem wie man es anschaut, bekommt die Gewichtung der Volksmeinung in den Kommissionen eine andere Bedeutung. Wenn es nur eine beratende Kommission ist, sollen es Kollegen sein, wenn es eine Meinungsabbildung sein soll, dann soll es nach einem Modell gehen.

Die Modelle, die wir hier sehen, haben immer eine Grundlage von der Anzahl der Kommissionsmitglieder. Ich war an der letzten Versammlung nicht dabei und habe mich für diese Versammlung nur an der Vorlage orientiert. Ich sehe nicht ganz ein, warum wir unbedingt über 9 Kommissionssitze diskutieren. Wenn wir also diese Modelle anschauen, funktionieren diese mit 7 oder mit 9 Mitgliedern. Wenn die Kommissionen nur beratend sein sollen, sehe ich nicht ein, warum es 9 Mitglieder sein müssen. Und hier muss ich der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission widersprechen. Ich sehe nicht, dass im Antrag etwas steht, dass explizit 9 Kommissionsmitglieder nötig sind. Ich finde es eine wichtige Entscheidung, die wir treffen müssen, bevor wir an die Verteilung gehen. Wollen wir überhaupt eine Aufstockung auf 9 Kommissionsmitglieder?

Ich stelle den Antrag, dass wir, bevor wir über Modelle und Verteilung sprechen, abstimmen, ob wir eine Aufstockung auf 9 Kommissionsmitglieder wollen.

Riitta Arnold

Ich möchte zu zwei Dingen Stellung nehmen, die gerade genannt wurden. Herr Abt sagte, wir Kleinstparteien könnten ja nicht wählen und es sei unfair, da wir nur die undankbaren Kommissionen bekommen. Nein, es können alle Parteien wählen und alle Parteien ihren Fokus so setzen, wie sie wollen. Die grossen Parteien haben von Anfang an 1 Sitz in den Kommissionen, das sind CVP, FDP und SVP, die am Anfang alle 10 Sitze in den Kommissionen bekommen haben. Sie können überall ihren Fokus setzen. Wenn die FDP beispielsweise in die Finanzkommission möchte, kann sie das, die SP wenn sie in die Familienkommission möchte, kann sie das auch. Man kann am Anfang seinen Fokus richtig legen.

Herr Elbel, ich kann Ihre Frage beantworten, warum 9 Mitglieder. Ich habe das Modell des Gemeinderates mit 7 Sitzen durchgerechnet. Wissen Sie, was heraus gekommen ist? Ich kann die Gemeinderatssitze hin und her schieben und es kommt praktisch immer genau das in den Kommissionen heraus, was im Gemeinderat ist. Und das erfüllt den Antrag der Motion nicht. Die Motionäre haben selber gesagt, dass sie, zumindest im Juni, der Meinung waren, dass die Kommissionen, wenn sie nach der Gemeinderatsverteilung besetzt sind, den Wählerwillen nicht wirklich abbilden. Der Gemeinderat hat das sehr wahrscheinlich beim Durchrechnen festgestellt und gemerkt, dass man auf 9 Mitglieder aufstocken muss, um allfällige Unfairheiten in den Kommissionen abbilden zu können. Das die SVP bei 7 Sitzen nur einen Sitz in den Kommissionen hätte,

dies, obwohl sie 26% Stimmanteil im Kantonsrat hatten. Oder die Tatsache, dass die SP nicht vertreten ist, obwohl sie 9% Stimmanteil hat. Das ist meiner Meinung nach der Grund, warum wir auf 9 Mitglieder müssen. Dieser Schritt ist eigentlich nicht notwendig.

Thomas Gwerder

Wegen den 9 Mitgliedern steht auf Seite 12 im Artikel 22 unten, dass eine Kommission in der Regel aus neun stimmberechtigten Mitgliedern aus den Parteien und einem Mitglied des Gemeinderates besteht. Das steht in unserer neuen Gemeindeordnung.

Der Vorwurf, dass der Vorschlag des Gemeinderates mathematisch falsch ist, wurde von der glp leider nicht widerlegt. Der Vorschlag ist nämlich richtig.

Der Vorwurf von Anna Lustenberger, dass es zeitlich pressiert, ist genau der Punkt, dass wir heute darüber abstimmen möchten. Damit wir noch vor den Wahlen wissen, wie die Spielregeln sind.

Andreas Lustenberger

Ich weiss nicht, ob wir alle noch genau verstehen, was jetzt entschieden werden soll. Wir haben sehr viele verschiedene Dinge gehört. Gerade vorhin, dass man für einen Kommissionssitz 1% benötigt oder man benötigt 11%. Es macht keinen Sinn mit neun Mitgliedern und es macht nur Sinn mit sieben. Sehr viele Dinge. Der Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission hat schon gesagt, dass wir jetzt vorwärts machen müssen, damit wir Klarheit haben. Doch sollen wir jetzt, nur damit vorwärts gemacht wird, irgendwas beschliessen, das nicht ganz klar ist oder nicht ganz alle verstehen? Ich bezweifle, dass alle hier mit absoluter Klarheit sagen können, was sie heute Abend beschliessen würden. Ich stelle deshalb den Antrag auf Rückweisung, damit alles nochmals besprochen werden kann. Dass man alle, die jetzt Vorschläge gebracht haben, miteinbezieht. Und anschliessend mit einem Vorschlag kommt, der durchdacht ist und dem alle zustimmen können. Und das können wir auch unter der Legislatur ändern, wenn es sein muss. Hier bin ich nicht sicher, doch ich kann mir vorstellen, dass wir auch nach zwei Jahren ein solches Modell einführen können.

Andreas Hotz

Über einen Rückweisungsantrag wird ohne Diskussion abgestimmt. Der Gemeinderat hat seine Anträge gestellt. Ein Rückweisungsantrag würde bedeuten, dass wir nochmals über die Bücher müssten und das Thema nochmals bringen. Es wird vor dieser Abstimmung keine Diskussion geführt.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Martin Pulver

Wir haben von vorherigen Rednern vom Modell Pulver gehört. Doch es geht nicht um das Modell Pulver sondern um die einfache Frage, ob wir wollen, dass es passiert, dass wenn ein Gemeinderat gewählt wird, egal von wem, ob Partei Pulver oder eine kleine Partei, dass der Gemeinderat aufgrund dieser Berechnungen nicht in den Kommissionen vertreten ist. Gemäss dem vorgeschlagenen Modell kann das durchaus der Fall sein, dass zwar ein Gemeinderat von irgendeiner kleineren Partei gewählt ist, aber nachher überhaupt keine Kommissionsmitglieder hat. Und all diese beratenden Funktionen, das Unterstützen, der Informationsfluss, würden dann wegfallen. Darum geht es. Dieser über das Majorzsystem gewählte Gemeinderat steht dann ohne Kommissionsmitglieder da.

Andreas Hotz

Die Diskussion scheint erschöpft zu sein. Ich weise darauf hin, dass gemäss § 97, Abs. 2 Gemeindegesetz die Kommissionen grundsätzlich beratende Funktion haben. Dies als Orientierung und nicht als Wertung.

Betreffend neun Personen in den Kommissionen hat bereits Thomas Gwerder darauf hingewiesen, dass in der Vorlage auf Seite 12 beim Artikel 22 der Gemeindeordnung klar festgehalten ist, dass die Kommissionen in Zukunft in der Regel neun Personen umfassen. Selbstverständlich kann man über sieben oder neun diskutieren.

Der Gemeinderat ist klar der Auffassung, dass seine Vorlage eine austarierte Vorlage ist und das Baarer Modell stärkt. Es ist auch praktikabel, dies im Gegensatz zu anderen Vorschlägen zum Beispiel mit Zuweisungen an die entsprechenden Kommissionen.

An die Adresse von Martin Pulver. Ein Gemeinderat ist von Amtes wegen Mitglied in der Kommission, einfach ohne Stimmrecht. Dies unabhängig davon, in welcher Kommission er ist. Der Informationsfluss ist mit Sicherheit gewährleistet. Zudem sind alle Gemeinderäte angehalten, im Gemeinderat über die entsprechenden Beratungen und Beschlüsse in den Kommissionen zu informieren.

Wir haben relativ viele Zusatzanträge. Wir haben einen Vorantrag von Andreas Elbel betreffend die Grundsatzdiskussion sieben oder neun Mitglieder. Ich mache beliebt, dass wir diesen Antrag jetzt gerade behandeln. Wenn ich Andreas Elbel richtig verstanden habe, geht es nicht darum, eine fixe Zahl zu definieren sondern warum es fix neun Mitglieder sind. Also sieben oder neun.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass in der Regel in Zukunft neun Mitglieder in den Kommissionen sind. Es besteht ein Gegenantrag, die Zahl auf sieben zu reduzieren. \$

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich gemäss Vorlage unterstützt.

Wir haben Anträge der Grünliberalen Partei. In erster Linie wird beantragt, dass der Wähleranteil im Kantonsrat bei der Zuteilung der Kommissionssitze berücksichtigt wird. Der Gemeinderat Baar ist klar der Auffassung, dass der Mix zwischen den Kantonsratsergebnissen und Gemeinderatsergebnissen den Ausschlag für die Besetzung der Kommissionen geben soll. Ich möchte beliebt machen, dass wir den Antrag der

Grünliberalen Partei im Grundsatz gegen den Antrag des Gemeinderates auf einen Mix der beiden Varianten gegenüber stellen. Ins erste Mehr kommt der Antrag des Gemeinderates, dass Gemeinderats- und Kantonsratsergebnisse für die Ermittlung der Kommissionszuteilungen beigezogen werden, und ins zweite Mehr der Antrag der Grünliberalen mit dem Wähleranteil im Kantonsrat.

Abstimmung

Ich stelle fest, dass dem Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich die Unterstützung gegeben wird.

Wir haben noch einen Eventualantrag von der Grünliberalen Partei. Der Gemeinderat sei nur so zu gewichten, dass ein Gemeinderatssitz nicht mehr Gewicht als ein Kantonsratssitz hat. Ich gehe davon aus, dass das mathematisch begründbar ist. Ich kann es nicht eins zu eins nachvollziehen, hier gebe ich Andreas Lustenberger Recht. Auch hier ist der Gemeinderat der Auffassung, dass das vom Gemeinderat vorgeschlagene Modell das richtige Modell ist und die Kommissionen tatsächlich gemäss Wähleranteil Gemeinderat und Kantonsrat ermittelt werden. Ins erste Mehr kommt wieder der Antrag des Gemeinderates und ins zweite Mehr der Eventualantrag der Grünliberalen Partei.

Abstimmung

Auch der Eventualantrag unterliegt grossmehrheitlich dem Antrag des Gemeinderates.

Vom Redner Martin Pulver haben wir einen weiteren Antrag. Den blauen Text habe ich vorgängig nicht gesehen, ich konnte es vorhin auch nicht lesen. Ich bitte den Gemeinbeschreiber, den blauen Teil vorzulesen.

Sollte eine Partei, welche einen Gemeinderat stellt, vor Zuteilung entsprechend der Reststärke keinen Anspruch auf einen Kommissionssitz haben, so ist dieser Partei zuerst ein Kommissionssitz zuzuteilen, ihre Reststärke zu streichen und danach entsprechend der Zuteilung nach vor der Streichung berechneter Reststärke zu verfahren. Sollten mehrere Parteien, welche einen Gemeinderat stellen, vor Zuteilung entsprechend der Reststärke keinen Anspruch auf einen Kommissionssitz haben, erfolgt die Zuteilung untereinander zuerst an die Partei mit der grössten Reststärke und dann absteigend.

Auch hier ist der Gemeinderat der Auffassung, dass seine Zuteilungskriterien korrekt sind, der demokratisch Wille der Wählerinnen und Wähler korrekt wiedergegeben wird. Dies insbesondere unter dem Aspekt, dass jeder gewählte Gemeinderat oder jede gewählte Gemeinderätin selber Mitglied in den entsprechenden Kommissionen hat und gleichzeitig erfolgt die Information direkt über die entsprechenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Von daher kann eine Lücke, wenn sie entsteht, kompensiert werden.

Abstimmung

Der Antrag von Martin Pulver wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Anträge

1. Für die Zuteilung der Kommissionssitze sei die Parteistärke im Gemeinderat und Kantonsrat zu berücksichtigen.
2. Bei der Verteilung der Kommissionssitze soll auf die vom Gemeinderat vorgeschlagene Berechnung abgestützt werden.
3. Der Änderung von Artikel 22 der Gemeindeordnung, Stellung und Zusammensetzung, sei zuzustimmen. Die Motion sei als erledigt abzuschreiben.

Beschluss

Einem Rückweisungsantrag wird grossmehrheitlich nicht stattgegeben.

Verschiedene Anträge auf Verteilung der Kommissionssitze nach dem Vorschlag der Grünliberalen Partei (GLP) sowie Einzelpersonen werden grossmehrheitlich nicht angenommen.

Den Anträgen des Gemeinderates wird somit grossmehrheitlich zugestimmt.

Traktandum 4

Interpellation der IG Baarlament betreffend Organisationsform der Legislative der Gemeinde Baar - Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 6. August 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Samuel Imfeld

Mein Name ist Samuel Imfeld, ich spreche im Namen der IG Baarlament.

Zuerst möchten wir uns beim Gemeinderat für die Beantwortung unserer Interpellation bedanken.

Baar ist aktuell, gemessen an den Einwohnerzahlen, nach Rapperswil-Jona die zweitgrösste Gemeinde der Schweiz, welche kein Gemeindeparlament hat. Wie man der Beantwortung unserer Interpellation entnehmen kann, spricht sich der Gemeinderat für die Beibehaltung des sogenannten „Baarer Modells“ mit der Gemeindeversammlung aus. Wir von der IG Baarlament fragen uns, ob dieses Modell für Baar noch zeitgemäss ist, auch mit Blick in die Zukunft. Aus diesem Grund haben wir die vorliegende Interpellation eingereicht. Ich erlaube mir im Folgenden einige Bemerkungen zur Beantwortung.

Gemäss der Antwort zur Frage 15 auf Seite 20 der Vorlage entspricht eine Beteiligung von 2% der Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Daraus wird geschlossen, dass Beschlüsse der Gemeindeversammlung in Baar ausreichend demokratisch legitimiert sind. Nur weil jedoch andere Gemeindeversammlungen eine tiefe Beteiligung haben muss das nicht ausreichend sein. Das wäre, als versuchte man als Schüler eine schlechte Schulnote damit zu rechtfertigen, dass alle anderen in der Klasse auch schlecht waren.

In der Antwort zur Frage 5 auf Seite 18 wird erklärt, dass die indirekten Kosten eines Gemeindeparlaments praktisch nicht kalkulierbar seien. Dann wird jedoch eine Zahl von CHF 6 Millionen in den Raum gestellt, basierend auf „nicht näher überprüfbaren Aussagen“. Wir fragen uns, aus welchen Gemeinden denn die Schätzung von 5% des Jahresbudgets stammt und bezweifeln ernsthaft, dass dies so direkt auf Baar übertragbar ist.

Zuletzt noch zur Frage 4 betreffend Vor- und Nachteilen von Gemeindeversammlung bzw. Gemeindeparlament. Wir erachten eine Darstellung wie auf Seite 17 durchaus als unausgewogen. Man hätte sicher noch mehr Nachteile einer Gemeindeversammlung finden können.

Insgesamt sind wir enttäuscht von der Antwort und befürchten, dass der Gemeinderat die Thematik zu wenig ernst nimmt. Wir werden uns daher auch weiterhin für ein Gemeindeparlament in Baar einsetzen.

Oliver Wandfluh

In der Diskussion um das Parlament versus Gemeindeversammlung gibt es drei wichtige Punkte, die meiner Meinung nach für die Gemeindeversammlung und gegen ein Parlament sprechen. Zum ersten ist ein Parlament viel teurer. Andere Gemeinden mit einem Parlament gehen von Kosten von 5% der jährlich budgetierten Gesamtaufwendungen aus. Vielleicht würde es nicht ganz so hoch werden, doch in Baar würde das bedeuten, dass ein Parlament CHF 6 Mio. kostet. Mit allen Aufwendungen wie mehr Verwaltungsmitarbeitenden und so weiter.

Ein Parlament ist weniger effizient und weniger lösungsorientiert. Ich sehe es selber im Kantonsrat und der Herr, der im Grossen Zuger Gemeinderat war und heute schon gesprochen hat, kann das sicher bestätigen. Es sind andere Kollegen, die mir das gleiche bestätigen. Es wird immer weniger Sachpolitik betrieben und mehr Parteipolitik. Und das ist genau das, was der Bürger eigentlich nicht möchte.

Zum Dritten gibt es keine direktere Demokratie als die Gemeindeversammlung. An einer Gemeindeversammlung kann jede Einwohnerin oder jeder Einwohner aufstehen und sprechen und Anträge stellen. Ich hatte an der vorherigen Diskussion grosse Freude. Wir haben vorhin zuhause einer schlanken Gemeindeversammlung auf eine Rede verzichtet, da die FDP für die SVP und FDP gesprochen hat. Doch das was wir vorhin erlebt haben, ist gelebte Demokratie. Da kommt jeder nach vorne, der auch noch nie geredet hat oder einen Antrag gestellt hat, wenn er ein Interesse hat oder meint, dass etwas falsch läuft. In einem Parlament können Sie das vergessen. In einem Parlament reden nur Parteien, nur die Gewählten, und nicht mehr der Bürger. Er kann keine Anträge stellen, keine Rückweisungsanträge machen, wie es heute passiert ist. Wenn auch von Ihnen nicht angenommen. Doch als Anna Lustenberger seinerzeit bei der Bebauung Rössli richtig gestellt hat und gesagt hat, ich verstehe nicht mehr, was hier passiert, hat die Versammlung das Geschäft zurück gewiesen. Der Gemeinderat musste über die Bücher. Das können Sie in einem Parlament vergessen. In einem Parlament sind Parteivertreter und diese haben ein Parteibüchlein im Rücken. Was schade ist, aber es ist Fakt.

In unserer Gemeinde Baar läuft unser Modell in den letzten 30 Jahren hervorragend, vielleicht auch schon vorher, doch soweit kann ich es aus meiner eigenen Erfahrung sagen. Wir haben einen super Gemeinderat, der sehr gute Arbeit macht. Man konnte dies in der Vorlage bei der Anzahl zurückgewiesener Geschäfte sehen. Der Gemeinderat mit den Kommissionen macht sehr gute Arbeit, sonst wären meiner Meinung nach viel mehr Geschäfte zurück gewiesen worden.

Gerade die vorher überwiesene Motion der FDP und SVP zeigt, der Souverän, Sie, wollen an diesem Modell festhalten. Die Vergangenheit zeigt, dass es das richtige Modell ist und es zeigt bestimmt auch die Zukunft. Und wenn wir etwas an diesem Modell ändern, sind das kleine Stellschrauben, so wie Sie es heute gemacht haben und dem Gemeinderat gefolgt sind. Dafür danke ich Ihnen herzlich.

Zari Dzaferi

Die SP Baar anerkennt, dass der Gemeinderat innerhalb einer kurzen Zeit viele komplexe Fragen beantworten musste. Dementsprechend ist es nachvollziehbar, dass die eine oder andere Frage nicht so tiefgründig beantwortet werden konnte, wie wir uns das vielleicht erhofft hätten.

In den Antworten des Gemeinderates kommt klar zum Ausdruck, dass der Gemeinderat kein Parlament will. Diese politische Haltung respektiert die SP Baar natürlich. Wir haben aber wenig Verständnis über die Art und Weise, wie der Gemeinderat mit einer Interpellation umgeht, welche von über 75 Baarerinnen und Baarer unterzeichnet wurde. Auch wenn es sich bei den Interpellanten grossmehrheitlich um jüngere Menschen handelt und der Baarer Gemeinderat eine andere Haltung vertritt, haben es die doch über 75 Personen verdient, vom Gemeinderat ernst genommen zu werden. Insbesondere wenn der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, dass „die direkte Demokratie und die Mitbestimmung im Vordergrund stehen“. Zur Klarstellung: Ich gehöre nicht zu den 75 Personen, die die Interpellation unterschrieben haben. Es handelt sich nicht um mich persönlich.

Dass der Gemeinderat die Interpellanten zu wenig ernst nimmt, zeigt sich am deutlichsten auf den Seiten 16 und 17 der Gemeindevorlage. Ich bitte Sie, die Seite 17 aufzuschlagen. Bei den Nachteilen eines Parlaments führt der Gemeinderat acht Nachteile auf; bei der Gemeindeversammlung nur einen und schreibt lapidarisch dazu: Die Vorteile des Gemeindeparlaments können im Umkehrschluss auch als Nachteile der Gemeindeversammlung gedeutet werden.

So geht man nicht mit Menschen um, die sich Mühe geben, die Gemeinde weiterzubringen, in der Freizeit solche Fragen zusammenstellen, die keine Parteivertreter sind und kein Parteibüchlein im Rücken haben. Deshalb möchte die SP Baar dem Gemeinderat die erste Frage stellen: Sind Sie auch der Meinung, dass die Tabelle auf Seite 17, rein visuell betrachtet, den Anschein erweckt, dass ein Parlament viel mehr Nachteile hat, als eine Gemeindeversammlung?

Es würde jetzt den Rahmen sprengen, wenn wir die Antworten des Gemeinderates wortwörtlich durchgehen. Wenn Sie, geschätzte Anwesende, die Antworten genau durchlesen, dann erkennen Sie, dass praktisch in jeder Antwort ein Parlament schlecht und eine Gemeindeversammlung schön geredet wird. Anstatt sachlich zu bleiben und nüchtern die Vor- und Nachteile aufzuzeigen, würzt der Gemeinderat seine Antworten mit Wörter wie: teuer, schwieriger, aufwändiger etc. ohne wirklich Fakten dazu zu liefern.

Ganz eindeutig zeigt sich dies in der Frage, wo es um Kosten geht. In der Tabelle auf Seite 18 werden zum Beispiel nur Kosten von zwei Gemeindeversammlungen aufgeführt, obwohl in den vergangenen Jahren oftmals drei Gemeindeversammlungen pro Jahr stattgefunden haben. Im Jahr 2002 waren es sogar vier. Somit stellt der Gemeinderat die Kosten tiefer dar, als sie in den letzten Jahren im Durchschnitt waren. In dieser Tabelle sind die indirekten Kosten nicht aufgeführt. Es ist verständlich, dass die Kosten schwierig zu eruieren sind. Das heisst aber auch, dass die Kosten für die Gemeindeversammlungen inklusive indirekte Kosten für die Beantwortung der Vorlage, von den Vorbereitungen etc. höher waren, als sie der Gemeinderat darstellt. Deshalb ist es doch unfair, wenn der Gemeinderat bei der Kalkulation der Kosten für ein Gemeindeparlament versucht, die indirekten Kosten auch mit einzurechnen. So vergleicht man Äpfel mit Birnen.

Schlussendlich schreibt der Gemeinderat in der Vorlage eine Zahl von CHF 6 Millionen, weil man einmal davon ausgegangen ist, dass ein Parlament etwa 5 % des Jahresaufwandes ausmachen könnte. Diesbezüglich möchten wir dem Gemeinderat die zweite Frage stellen: Welche Gemeinde wurde hier als Referenzwert genommen, um die Kosten für ein Parlament auf rund CHF 6 Mio. zu schätzen?

Auf der Seite 18 schreibt der Gemeinderat, dass das Parlament in Zug im Jahr 2017 rund CHF 325'000.– gekostet hat. Dies führt die SP Baar zur letzten Frage: Finden Sie nicht, dass gemessen an den CHF 325'000.– für das Parlament in Zug und den CHF 243'000.– für die Legislative in Baar vom Jahr 2017 eine Schätzung von CHF 6 Mio. für ein Baarer Parlament gar etwas gewagt ist?

Ich habe nachgeschaut, was der Kantonsrat im 2017 gekostet hat. Es waren rund CHF 770'000.–. Auch hier sind die Kosten für die Vorbereitung der einzelnen Traktanden nicht enthalten, das ist für eine Interpellation oder eine Motion zu einem anderen Geschäft schwierig zu eruieren. Das ist aber auch hier bei der Gemeindeversammlung nicht wirklich eruierbar. Die Kosten, die der Gemeinderat darstellt, widerspiegeln nicht direkt, wie viele Sitzungen man bei einem Bebauungsplan zusätzlich machen musste oder Zeit, um Fragen zu beantworten und Expertenmeinungen miteinzubeziehen. Das ist schwierig zu eruieren. Das ist es aber auch bei einem Parlament. Wenn man einfach schreibt, dass es etwa CHF 6 Mio. kostet, könnte man meinen, dass der Gemeindeapero ebenfalls eingerechnet ist. Auch bei den CHF 770'000.– für den Kantonsrat sind die Kosten für die politischen Geschäfte nicht eingerechnet. Aber sie sind es, wie gesagt, auch nicht bei den Zahlen vom Gemeinderat. Wir sprechen also von rund CHF 240'000.– für die Legislative im Jahr 2017. Vielleicht waren die Kosten in den Jahren 2016 oder 2013, als man drei Gemeindeversammlungen hatte, oder im Jahr 2004, wo man 4 Gemeindeversammlungen hatte, höher. Wir sprechen von CHF 325'000.– für ein 40-köpfiges Parlament in Zug und CHF 770'000.– für ein 80-köpfiges Parlament im Kantonsrat.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte dem Gemeinderat auch ein Kompliment machen. Bei der Beantwortung der letzten Frage stellt er klar, dass die Digitalisierung unseren politischen Alltag stark verändern könnte. Das ist ein Szenario, das durchaus plausibel ist. Das passiert aber nur, wenn wir dem in Zukunft mit etwas Offenheit und Sachlichkeit begegnen. Eine solche Sachlichkeit hätte ich mir auch bei der Beantwortung der vorherigen Fragen gewünscht.

Erlauben Sie mir noch eine kurze, persönliche Anmerkung. Im Nachgang zur letzten Gemeindeversammlung haben mir zwei Gemeinderäte geraten, ich solle doch weniger kritisieren. Dies käme nämlich bei der Bevölkerung nicht so gut an. Ich habe mir diese zwei Rückmeldungen auch wirklich zu Herzen genommen. Sie werden aber hoffentlich verstehen, dass mir dies heute nicht so leicht gefallen und dementsprechend nicht 100%-ig gelungen ist. Der Gemeinderat hätte mindestens versuchen können, die Fragen der über 75 Personen, das ist etwas weniger als ein Drittel der hier anwesenden Personen, sachlich zu beantworten. Dies hätte uns allen gedient, egal ob man für oder gegen das Parlament ist.

Dass der Gemeinderat eine Gemeindeversammlung bevorzugt, ist verständlich. Schliesslich hat der Gemeinderat, wie er auf Seite 20 schreibt, mit diesem System in den letzten 10 Jahren rund 190 von 199 Abstimmungen in diesem Saal gewonnen. Heute sind noch einige mehr dazu gekommen. Mein Kollege aus dem Kantonsrat, Oliver Wandfluh, hat es schon richtig gesagt, dass jeder nach vorne kommen und sich einbringen kann. Aber was effektiv entschieden wird, wird doch hier vorne entschieden.

Zu den Fragen der SP Baar: Ich habe dem Gemeindepräsidenten die drei gestellten Fragen heute Morgen schriftlich zugestellt. Es ist mir wichtig, dass der Gemeinderat genügend Zeit hat, um die Fragen zu beantworten. Es ist doch auch wichtig, dass wir transparent und fair miteinander umgehen. Man kann hart in der Sache sein, aber wir

müssen uns gegenseitig ernst nehmen. Ich denke, die Interpellanten wurden heute nicht ernst genommen. Und gerade wenn wir das Baarer Modell als Baarer Erfolgsmodell loben, müsste man auch solchen Volksanliegen mehr Beachtung schenken. Auch wenn es in eine andere Richtung geht, als es der Gemeinderat gerne hätte.

Sonja Zeberg

Als erstes möchten wir uns beim Gemeinderat für die schnelle und umfassende Beantwortung der zahlreichen Fragen der IG Baarlament bedanken. Wir von der FDP Baar schliessen uns der Meinung des Gemeinderates an, dass das aktuelle System mit der Gemeindeversammlung unbedingt beibehalten werden soll.

Die Vorlage gibt einen guten Überblick über die beiden Systeme mit ihren Vor- und Nachteilen. Ich gebe Ihnen Recht. Es haben beide Modelle Vor- und Nachteile. Das ist klar. Ich möchte trotzdem einige Punkte hervorheben.

Die Gemeindeversammlung ist wirklich eine direkte Demokratie. Es kann jeder kommen, jeder kann ein Votum halten, einen Antrag stellen oder ein Geschäft zurückweisen. Eigentlich wollte ich die Gemeindeversammlung im Dezember erwähnen. Doch das heutige Beispiel ist noch fast offensichtlicher. Die Teilnahme wird immer wieder thematisiert. Es seien mit rund 2% viel zu wenige. Bei einem Parlament, ich gehe davon aus, dass das etwa 30 bis 40 Personen wären, wäre es noch ein viel kleinerer Prozentsatz. Klar wären es von der Bevölkerung gewählte Personen.

Damit komme ich zum nächsten Punkt, den Personen, welche Einsitz in ein Parlament nehmen. Wenn man berücksichtigt, dass bereits heute Schwierigkeiten bestehen, willige und zudem fähige Leute für die Kommissionen zu finden, wie soll dies dann bei einem Parlament sein? Ich weiss nicht, ob die Bevölkerung besser abgebildet wird, als jetzt hier in diesem Saal.

Die Frage, wie viele Geschäfte an den Gemeinderat zurückgewiesen wurden, kann man mal umdrehen. Wenn wir ein Parlament hätten, wie viele Geschäfte wären vom Parlament begraben, die durch die Gemeindeversammlung gutgeheissen wurden? Diese Umkehrfrage müsste man sich ebenfalls einmal stellen.

Ein weiterer Faktor sind die Kosten. Vielleicht sind die genannten CHF 6 Mio. zu hoch gefasst, das kann ich nicht beurteilen. Aber man muss sich bewusst sein, dass sich die genannten CHF 250'000.– um ein vielfaches erhöhen würden.

Für die FDP ist klar, dass wir das bewährte Baarer Modell weiterhin unterstützen und wir werden uns auch in Zukunft dafür stark machen, dass dieses demokratische System erhalten bleibt.

Andreas Lustenberger

Zuerst möchte ich mich im Namen der Alternative - die Grünen bei den Interpellantinnen und Interpellanten bedanken für den Mut, welchen sie hatten, die heilige Kuh namens Gemeindeversammlung in diesem Rahmen zu thematisieren und sich zu exponieren.

Ich möchte kurz Antworten geben bezüglich Anzahl Mitglieder oder zur Befürchtung, dass keine Leute für ein Parlament gefunden werden. Gerade wurde beschlossen, dass wir 90 Kommissionssitze haben werden. Im Moment haben wir 52 Kandidatinnen

und Kandidaten für den Kantonsrat. Wenn das Parlament zwischen 30 und 40 Personen umfasst, würde man bestimmt Leute finden, die sich gerne in einem solchen Parlament engagieren.

Ich möchte auch kurz eine Lanze brechen für das Parlament. Es hat geklungen, als wäre das Parlament per se etwas sehr schlechtes und undemokratisches. Doch bei der Gründung von Parlamenten ging es genau darum, dass die Mitsprache der Bevölkerung sichergestellt werden kann. Es gibt Gründe, dass man nicht an der Gemeindeversammlung teilnehmen kann. Seien es berufliche oder private Gründe. Das führt mich zum nächsten Thema. Ich persönlich finde schon, dass 196 Leute wenige Leute sind. Das sind keine 2 %, die Entscheidungen treffen. Ich habe auch das Gefühl, Baar wächst und wächst und wächst, aber es kommen nicht genau so viele Leute mehr an die Gemeindeversammlung. Das ist nicht der Fall. Es ist die gleiche Gruppe, teils etwas mehr, teils etwas weniger. Man sieht schon, dass dieses System nicht einfach so erfolgreich weitergeführt werden kann. Wenn man spürt, dass etwas nicht mehr so gut läuft, ist es durchaus wichtig, dass man überlegt, was innovative Ideen sein könnten. Ich persönlich und auch die Alternative - die Grünen, das müssen wir nicht verschweigen, würden aus den genannten Gründen klar ein solches Parlament favorisieren.

Ich komme zum Schluss. In der Antwort steht, dass man eine Umfrage machen möchte. Ich frage mich, ob sich eine solche Umfrage lohnt und man diese Kosten in die Hand nehmen möchte. Hier drin würde man nie ein Parlament beschliessen und die Mehrheit wird immer gegen ein Parlament sein. Wer möchte sich schon selber abschaffen. Das wäre ja per se komisch. Die Gemeinden, die der Gemeinderat aufgeführt hat, haben in den letzten Jahren oder Jahrzehnten eine Abstimmung geführt. Die Gemeinde Baar kommt nicht darum herum, dass es irgendwann eine Urnenabstimmung, initiiert vom Gemeinderat selber oder durch eine Initiative, geben wird, bei der die Frage abschliessend geklärt werden kann und nicht immer wieder aufkommt.

Mirjam Arnold

Im Namen der CVP Baar bedanken wir uns herzlich für die detaillierten Ausführungen zur Interpellation Baarlament. Wie auch vorher schon gesagt wurde, stellt sich auch die CVP Baar auf den Standpunkt, dass die Gemeindeversammlung Mitbestimmung von jedem Stimmbürger und damit auch die direkte Demokratie am besten repräsentiert. So hat an der Gemeindeversammlung jeder Stimmberechtigte die Chance, unabhängig von seiner politischen Einstellung und seiner Mitgliedschaft in einer Partei, seine Meinung kundzutun.

Die CVP Baar sieht aber auch aus anderen Gründen keinen Bedarf für ein Parlament. Sowohl auf kantonaler Ebene als auch auf Bundesebene haben Parlamente eine Vielzahl von Aufgaben. Sei es die Behandlung von Initiativen, sei es die Ausarbeitung von Gesetzen oder auf Bundesebene auch die Richterwahlen. Diese Aufgaben stellen sich für ein Parlament auf Gemeindeebene nicht oder nur in sehr beschränktem Umfang. Wir fragen uns deshalb, warum man einer Gemeinde derartige Kosten aufbürden möchte, wenn überhaupt kein Bedarf dafür besteht.

Die CVP Baar lehnt deshalb das Parlament ab. Wir möchten aber gleichzeitig die Chance nutzen und einen Appell an den Gemeinderat und die Kommissionen richten. Der Gemeinderat soll die Kommissionen ernst nehmen und ihre Anliegen richtig und intensiv behandeln. Mit der Erhöhung auf neun Kommissionsmitglieder sind auch die

Kommissionen in der Pflicht, die Tätigkeiten vom Gemeinderat kritisch zu hinterfragen und aktiv mitzuarbeiten. Wir möchten deshalb am Baarer Modell festhalten, fordern aber auch, dass der Austausch zwischen den Kommissionen und dem Gemeinderat noch intensiver wird.

Thomas Pfiffner

Ich möchte Ihnen kurz einen Blick über die Grenze, über den Gartenzaun, ermöglichen. Ich arbeite in einer Zürcher Gemeinde, die in der Vorlage erwähnt wird. Diese haben ein Parlament. Das Parlament besteht aus Milizpersonen, was bedeutet, dass alle einen Beruf haben. Sie sind zeitlich ziemlich stark gebunden. Obwohl sie einen Beruf haben, müssen sie gewisse Dinge anschauen.

Ich bin bei den Schulen tätig und stelle fest, dass in dieser Gemeinde die Schulen zusammenfallen. Da man so viel versucht zu sparen, werden Unterhaltsarbeiten hinausgeschoben, man kann ja noch ein Jahr und noch ein Jahr und noch ein Jahr warten. Die Schulen unternehmen Anstrengungen, indem die Leute eingeladen werden. Es gibt Einladungen für die Gemeinderäte, sie sollen den Zustand der Schulen anschauen und was jetzt dringendst gebraucht wird. Das Resultat ist, dass von diesen 38 Leuten zwei kommen. Hier merkt man plötzlich den Zeitdruck und das Parteibüchlein im Rücken. Das wird schwierig. Ob man das bekommt, was man von einer Gemeinde erwartet, ist fraglich.

Wie wir es hier in Baar erleben ist stark. Ich erinnere nur an die Situation, als eine Dame über Platanen beim Sternmatt gesprochen hat. Vielleicht können Sie sich erinnern. Sie konnte doch erreichen, dass der Bauchef gesagt hat, dass es aufgenommen wird. Studiert doch nochmals, ob man sie nicht stehen lassen könnte. Das ist für mich ein Zeichen und Indikator dafür, dass es eigentlich noch geht und möglich ist.

Obwohl ich den jungen Damen und Herren, die das Parlament unterstützen möchten, gratuliere, dass sie den Mut dazu hatten, möchte ich Sie bitten, das Parlament abzulehnen.

Martin Zimmermann

Wenn man am Schluss spricht, sind schon viele Dinge gesagt und ich kann mich daher kurz halten.

Ich bedanke mich bei Zari Dzaferi, der schon vieles gesagt hat, was ich sagen wollte. Das Meiste kann ich streichen.

Auch möchte ich mich bei den Votanten bedanken. Auch ich gehöre nicht zu den Personen, die unterschrieben haben. Auch ich finde es sehr tendenziös und das ist sehr schade. Auf Seite 19 wird auf die schöne Statistik vom Städteverband verwiesen und es wird rausgesucht, was schön passt. Ich möchte ein paar Dinge sagen, um die Tendenziosität zu unterstreichen. Man spricht von so und so vielen Städten, die es zurückgenommen haben und von so und so vielen Städten ohne Parlament. Bei den grösseren Städten sind es doch 93.5 % die ein Parlament haben. Also etwas mehr als die Hälfte. Bei den Städten von 15'000 bis 19'000 Einwohnern haben 71 % ein Parlament. Man spricht von den 4/5, die es zurückgezogen haben. Das sind beachtliche Zahlen, von denen, die ein Parlament eingeführt haben. Diese wären somit alle blöd, denn sie haben nicht das Baarer Modell. Ich finde das Baarer Modell gut und die aktiv gelebte

Demokratie ist wunderbar. Das muss man nicht eliminieren, denn man hat ja Vertreter vom Volk, die geschäftlich eingebunden sind und mit den Leuten reden. Man kann auch Anträge stellen oder Initiativen machen. Aber es stellt sich die Frage, wie die Vertretung sein soll. Wenn man einiges anschaut, was genannt wurde. Gewisse Gemeinden mit 4600 Einwohnern kann man nicht gut mit Baar vergleichen. Arosa, wunderschön zum Skifahren und Sonne geniessen, aber nicht unbedingt repräsentativ.

Ich möchte eine Frage in den Raum stellen. Die Parteien, die das Baarer Modell so super finden, sind diese auch sehr stark im Gemeinderat vertreten? Vielleicht müsste man noch anschauen, wie die Interessensbindungen sind.

Es geht darum, dass der Gemeinderat sehr stark ist, wenn man die Gemeindeversammlungen anschaut. Man sagte, Milizpolitiker, GGR, Kantonsräte, müssen alle arbeiten und haben einen Job und haben relativ viel Mühe, sich in alle Geschäfte einzulesen. Ich glaube, dass wir alle hier das gleiche Problem haben. Deshalb sind die Argumente nicht alle gleich.

Ich möchte nicht gross in eine Richtung tendieren. Ich wäre einfach froh, wenn man solche Beantwortungen ausgewogener tarieren würde. Dies ist im Name der glp das Hauptanliegen.

Michael Riboni

Die beiden Voten von Andreas Lustenberger und Martin Zimmermann haben mich schon schnell herausgefordert. Wenn ich persönlich ein bisschen zurück denke, dann bin ich vor 4-5 Jahren nicht sicher gewesen, ob die Gemeindeversammlung wirklich die optimale Organisationsform der Baarer Legislative ist. In den letzten vier Jahren bin ich aber durchaus zur Gewissheit gekommen, dass wir in Baar noch kein Gemeindeparlament brauchen und das auch mit 25'000 Einwohnern nicht. Zu dieser Gewissheit bin ich insbesondere auch gekommen, weil ich nun seit fast 4 Jahren selber in einem Parlament, dem Kantonsrat, sitze und erlebe, wie ein solches Parlament funktioniert. Meine Damen und Herren, ein Parlament beschäftigt sich, ich würde meinen zu 30-40 Prozent, einfach selber. Man reicht Vorstösse ein denn das gibt Medienaufmerksamkeit. Haben Sie in den letzten 2-3 Monaten, jetzt vor den Wahlen, das Amtsblatt einmal ein bisschen studiert? Dort sind Vorstösse aufgelistet, die eingereicht wurden. Da muss ich manchmal den Kopf schütteln. Die Leute draussen könnten ja meinen, man mache nichts als Parlamentarier, man engagiere sich nicht. Bei Kritik an diesem Hyperaktivismus nehme ich meine Parteikollegen selbstverständlich nicht raus. Ich bin nur der Meinung, dass wir so etwas in Baar nicht brauchen.

Das heisst nicht, dass ich keinen Respekt vor der Institution Parlament habe. Es ist eine grosse Ehre und sehr verantwortungsvolle Aufgabe, wenn man in einem Parlament Einsitz nehmen darf.

An einer Gemeindeversammlung geht es um Sachpolitik. Es gibt an einer Gemeindeversammlung keine politisch motivierten Manöver oder Rückweisungsanträge. Es gibt keinen Fraktionszwang mit dem Druck auf Fraktionsmitglieder, wie es klar beim Kantonsrat manchmal der Fall ist. Und nur weil die Einwohner der Parkstrasse in Blickensdorf - wenn wir an den letzten Dezember zurück denken, als sie hier für mehr Sicherheit auf dem Schulweg in ihrem Quartier gekämpft haben - jetzt nicht hier sind, bedeutet nicht, dass sie unzufrieden mit unserem politischen System sind. Eine tiefe Stimmbeteiligung kann meines Erachtens auch ein Ausdruck von Zufriedenheit sein.

Denn wenn man unzufrieden ist, wehrt man sich, geht an die Gemeindeversammlung und geht vielleicht auch einmal nach vorne.

Sie sehen, ich bin mittlerweile ein grosser Fan der Gemeindeversammlung. Und trotzdem ist es richtig, dass diese Diskussion geführt wird und ich bin dankbar dafür. Ich finde es super und sehr lobenswert, dass junge Leute diese Diskussion anstossen.

Der Gemeinderat hat in seiner Vorlage erwähnt, dass er eine professionelle Umfrage durchführen möchte. Und jetzt bin ich der gleichen Meinung wie Andi Lustenberger. Die einzige professionelle und repräsentative Umfrage, die es gibt, ist eine Volksabstimmung. Ich bin der Meinung, dass der Gemeinderat, oder die sieben Damen und Herren, die am 7. Oktober gewählt werden, den Mut haben sollten, diese Frage der Baarer Bevölkerung an einer Urnenabstimmung vorzulegen. Denn, das Volk, die Bevölkerung, hat immer Recht. Es kann nicht sein, dass wir diese Frage immer wieder diskutieren. Wir haben sie im Jahr 2012 diskutiert und man hat sie in den 2000er Jahren diskutiert, als es um die Einführung der Gemeindeordnung ging. Wir brauchen diese Diskussion im Jahr 2020 oder im 2022, vor den nächsten Wahlen, nicht immer wieder. Ich bin der Meinung, dass man endlich Nägel mit Köpfen machen muss. Ich bin überzeugt, dass die Baarerinnen und Baarer den Systemwechsel nicht möchten. Ich würde mich auch bei einem allfälligen Abstimmungskampf sehr dezidiert für eine Gemeindeversammlung aussprechen. Doch ich denke, diese Frage müsste jetzt wirklich abschliessend im Rahmen einer Urnenabstimmung geklärt werden. Eine „Never-Ending-Story“ nützt hier niemandem etwas. Ausser vielleicht ein paar Mitgliedern der IG Baarlament. Ich weiss es nicht.

Dies als kleiner Input an den neuen Gemeinderat.

Heini Schmid

Ich glaube, wenn jemand etwas will, hat er die parlamentarischen Mittel und kann eine Motion machen. Dass der Gemeinderat etwas postuliert oder zur Abstimmung bringt, was er selber nicht möchte, entspricht wirklich nicht unserer demokratischen Tradition. Die Jungen, die verdankenswerterweise diese Frage aufgebracht haben, können eine Motion einreichen und wir können es hier drin nochmals diskutieren. Man kann hier auch beantragen, dass es eine Volksabstimmung gibt oder der Gemeinderat findet von sich aus, dass die Frage so wichtig ist. Grundsätzlich müssen wir für unsere Interessen postulieren, Motionen machen. Und nicht den Gemeinderat zu einer Fingerübung demokratisch verpflichten.

Martin Pulver

Ich schliesse mich den Ausführungen der FDP, CVP und SVP vollständig an. Ich bin auch klar dafür, dass die Gemeindeversammlung beibehalten wird. Denn sie ist das geeignete Instrument, dass die direkte Demokratie gelebt wird.

Ich werde den Eindruck nicht los, dass mit der Einführung des Gemeindeparlaments eine unnötige Zwängerei betrieben wird, da dies immer wieder zum Thema gemacht wird. Gemäss der SP und der glp soll eine Bevormundung vom Bürger stattfinden, indem sie ihm nicht zutrauen, selber zu bestimmen und zu entscheiden, ob sie an die Gemeindeversammlung kommen, nicht kommen, einen Antrag stellen, eine Motion oder eine Interpellation einreichen. Ich glaube, dass sie dem Bürger viel zu wenig zutrauen und glauben, dass sie durch die Zwischenschaltung von einem Parlament bes-

ser vertreten sind. Doch das Gegenteil ist der Fall. Hier zu reden, Interpellationen oder Motionen zu stellen. Das ist gelebte Demokratie.

In diesem Sinne nütze ich heute Abend ebenfalls die Gelegenheit, eine Motion einzureichen, die wir wahrscheinlich im Dezember zusammen besprechen werden.

Andreas Hotz

Die Diskussion ist erschöpft. Ich habe noch drei Fragen vom Votant Zari Dzaferi, die er mir heute Morgen tatsächlich um 08.00 Uhr zugestellt hat. Nachdem ich jedoch den heutigen Tag bereits verplant hatte, habe ich keine sehr ausführliche Rückmeldung auf die Fragen. Ich werde mich bemühen, die Fragen zu beantworten.

Die erste Frage war, ob auch wir der Meinung sind, dass die Tabelle auf Seite 17 rein visuell betrachtet den Anschein erweckt, dass ein Parlament viel mehr Nachteile hat als eine Gemeindeversammlung. Man kann diesen Eindruck subjektiv erhalten, das ist richtig. Doch es ist auch nicht unsere Aufgabe, ausgewogen zu sein, wenn wir uns für eine klare Sache aussprechen, Martin Zimmermann. Der Gemeinderat ist heute in einer Mehrheit klar der Auffassung, dass ein Gemeindeparlament nicht eingeführt werden soll und wir an der Gemeindeversammlung festhalten. Wenn wir eine so klare Meinungsbildung haben, sollen wir auch eine klare Aussage in unseren entsprechenden Antworten machen.

Die zweite Frage ist, welche Gemeinde als Referenzwert genommen wurde betreffend Schätzung der CHF 6 Mio. Der Gemeindeschreiber hat in sehr intensiver Recherche herausgefunden, dass die damalige RGPK in der Vorlage 2012 selber recherchiert hat und diese Summe in der Vorlage 2012, als es bereits um die Diskussion für die Einführung eines Parlaments ging, ermittelt hat.

Die dritte Frage lautet, ob auch wir nicht finden, dass die Schätzung - bei CHF 325'000.-- für ein Parlament in Zug oder CHF 243'000.-- für die beiden Gemeindeversammlungen in Baar im Jahr 2017 - bei den Vollkosten von CHF 6 Mio. für ein Baarer Parlament etwas zu gewagt ist. Ich kann klar sagen, dass dies mit Sicherheit nicht wissenschaftlich ermittelt ist, zu gewagt ist es aber nicht. Wir sind davon überzeugt, dass wenn wir die Vollkosten mit allem was damit zusammenhängt rechnen, in einen Millionenbetrag kommen. Ob es schlussendlich CHF 6 Mio., 4.5 Mio. oder 5 Mio. sind, ist absolut nicht relevant. Die Vollkosten werden massiv höher sein, als die Zahlen, die sonst kolportiert werden. Leider waren alle angefragten Gemeinden selber nicht in der Lage, die gesamten Vollkosten zu ermitteln und uns bekannt zu geben.

Dies zur Beantwortung der Fragen. Jetzt noch eine persönliche Erwähnung an den Votant Zari Dzaferi. Es hat mich beschäftigt und auch etwas verletzt, dass du vorhin zum Ausdruck gebracht hast, wir nehmen die jüngeren Menschen und Interpellanten nicht richtig wahr. Ich muss dir klipp und klar sagen, dass ich diesen Vorwurf dementiere. Der Gemeinderat selber, die gesamte Verwaltung und insbesondere der Gemeindeschreiber, der sich in sehr kurzer Zeit mit diesen 16 sehr spannenden Fragen auseinandergesetzt hat, haben sich sehr wohl intensiv mit der Sache auseinander gesetzt. Ich schätze es nicht, wenn man mit Worten wie lapidar, nicht sachlich und über den Tisch hinweg gezogen argumentiert. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass man Kritik üben kann, aber nicht in dieser Art und Weise und nicht mit dieser pauschalen Unterstellung an den gesamten Gemeinderat und die Verwaltung.

Zari Dzaferi

Geschätzter Gemeindepräsident, ich denke du weisst, dass ich dich schätze und dich mit diesen Aussagen nicht verletzen wollte. Ich muss sagen, dass die Wahrnehmung - wir haben vorhin über Subjektivität gesprochen - wie man etwas aufnimmt subjektiv ist. Ich persönlich finde, dass ich hier vom Gemeinderat mehr erwartet hätte und dass man mit klaren Fakten kommt und auch sagt, dass es CHF 4 Mio. oder CHF 6 Mio. kosten könnte, oder massiv mehr. Wenn man eine Interpellation macht und mit Fragen kommt, ist es gut, richtig und verdankenswert, dass diese beantwortet werden. Doch am Schluss ist es auch eine Frage der Qualität, die hier geliefert wird. Ich persönlich finde, dass diese Qualität nicht ausreichend ist. Das ist meine persönliche Meinung. Ich habe diese hier persönlich ausgedrückt und sollte ich den Gemeinderat in irgendeiner Form verletzt haben, wenn ich zu kritisch war, entschuldige ich mich in aller Form. Mir ist es aber wichtig, dass wir als Legislative stark sind und wir als Legislative unsere Anträge einbringen können.

Andreas Hotz

Die Kritik in dieser Form angebracht ist völlig akzeptabel.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der IG Baarlament sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der IG Baarlament wird Kenntnis genommen.

Traktandum 5

Interpellation der CVP Baar zum Stand Planung Bahnmatt - Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 6. August 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Ergänzend zu den in der Vorlage abgedruckten Interpellationsantworten kann ich Ihnen heute noch folgendes mitteilen:

Am 5. September 2018 traf sich der Gemeinderat mit Vertreterinnen und Vertretern des Vereins Frohes Alter, der Genossenschaft für Alterswohnungen und der Bürgergemeinde Baar. Dabei orientierte der Gemeinderat aus erster Hand über seinen Beschluss, das Neubauprojekt Bahnmatt "Leon und Louise" aufgrund der veränderten Ausgangslage (Obsan Studie) vorerst zu stoppen und vermutlich in der angedachten Form nicht zu realisieren.

Die Parameter haben sich im Bereich der Langzeitpflege in den vergangenen Jahren derart verändert, dass sich der Gemeinderat gezwungen sah, einen Marschhalt einzulegen und zu analysieren, was zukünftig der Leistungsauftrag an die Altersheime und das Pflegezentrum genau ist. Zuerst muss genau geklärt werden, welche konkreten Auswirkungen die neuste Obsan Studie, von welcher der Gemeinderat im Frühling dieses Jahres Kenntnis erhielt, auf die Bettenplanung im Langzeitbereich hat und welche Pflegestufen ambulant und welche stationär behandelt werden sollen. Ebenso sind Alternativen betreffend Wohnformen im Alter zu prüfen.

Bei dieser Auswertung und Neubeurteilung werden selbstverständlich auch die Stakeholders, namentlich die Genossenschaft für Alterswohnungen, die Bürgergemeinde, der Verein Frohes Alter, die Spitex und das Pflegezentrum miteinbezogen. Alle Stakeholders wurden wie gesagt am 5. September 2018 aus erster Hand über die Entscheidung des Gemeinderates und das weitere Vorgehen orientiert.

Es versteht sich, dass die Partner über diese Entwicklung nicht gerade erfreut sind, es konnte jedoch festgestellt werden, dass man auch das entsprechende Verständnis betreffend die Neubeurteilung aufbringen kann. Zentral ist, dass die Qualität in den bestehenden Altersheimen aktuell zumindest aufrecht erhalten bleibt und dass korrekt evaluiert wird, was bestellt bzw. was schliesslich gebaut werden soll.

Dies noch im Sinne einer Ergänzung zu den schriftlich vorliegenden Antworten auf die Fragen der CVP Baar.

Heini Schmid

Die CVP Baar dankt dem Gemeinderat für die Antworten auf ihre Interpellation. Wir sind mit dem Planungsstopp betreffend Bahnmatt einverstanden. Wir unterstützen auch, dass der Gemeinderat eine externe Firma beauftragt hat, Optionen und Empfehlungen für die Langzeitpflege zu erarbeiten. Wie der Gemeinderat richtigerweise ausführt, braucht es jetzt eine Strategie, wie im ambulanten und stationären Bereich die

Alters- und Pflegebetreuung sichergestellt werden kann. Falls diese Strategie Bestand haben soll, müssen folgende Herausforderungen berücksichtigt werden. Da wir immer älter und älter werden, steigen die Betreuungs- und Pflegekosten und damit steigt der Kostendruck. Nur wer in Zukunft effizient aufgestellt ist, wird überleben. Wie schon heute Spitäler werden Pflegeheime ihre Aufwendungen über Taxen und Abgeltungen decken müssen. Indirekte Subventionen der Gemeinde sind ein Auslaufmodell. Bewohner, also wir alle einmal, die öffentliche Hand oder die Krankenkassen möchten Kostentransparenz. Fehlanreize, wie das heutige System geprägt ist, werden in Zukunft beseitigt. Auch die Finanzierung über die Ergänzungsleistungen, die heute vielen Bedürftigen sehr stark helfen, wird irgendwann bei einer Kostenexplosion an ihre Grenzen stossen.

Wir sind deshalb sehr gut beraten, wenn wir nur noch in Infrastrukturen investieren, die auch dann funktionieren, wenn die Gemeinde ihre schützende Hand wegziehen will oder muss.

Bitte verstehen Sie die CVP richtig. Wir möchten, dass die Gemeinde auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag an die Altersbetreuung leistet. Da dies die Gemeinde finanziell jedoch sehr stark fordern wird, ist die Gemeinde nun angehalten, in die richtigen, zukunftssträchtigen Institutionen zu investieren. Wir danken dem Gemeinderat, dass er diese Aufgabe ernst nimmt und mit der nötigen Sorgfalt jetzt diese Aufgabe anpackt.

Kari Bürgler

Auch wir von der FDP Baar bedanken uns beim Gemeinderat für die umfassende und seriöse Beantwortung dieser Interpellation.

Die FDP Baar ist ebenfalls der Ansicht, dass bei einem Investitionsvolumen von rund CHF 80 Mio. ein Marschhalt zwar trotz finanziell schmerzhafter Erkenntnis die richtige Vorgehensweise ist. Es wäre falsch, jetzt eine sture Realisierung des angedachten Projektes nach Fahrplan durchzuführen, da es langfristige Nachteile wie Überkapazitäten, entsprechende Folgekosten etc. geben kann.

Daher ist es jetzt angezeigt, nach dem Einbezug aller Beteiligten sowie vertiefter Analyse der Obsan-Studie, diese neuen Grundlagen für die Pflegebettenplanung Bahnmatt etc. zu berücksichtigen. Ziel dieser Neukonzeption soll nach wie vor sein, dem Baarer Volk zeitnah ein bedarfsgerechtes, ein finanzierbares und aber auch zukunftsweisen- des Projekt unterbreiten zu können.

Hanspeter Uster

Ich war schon lange nicht mehr an einer Gemeindeversammlung. So spannend habe ich es früher auch nicht empfunden. Vielleicht hat es damit zu tun, dass ich nicht mehr wirklich Politik mache.

Ich habe ein zweites Problem. Heini Schmid, wir sind fast gleicher Meinung, dass ich nur noch die Differenzen suchen muss. Wir sind gleicher Meinung, dass die Pflegekosten eines der grossen Probleme für die Menschen selber aber auch für die Gemeinwesen sein wird. Wir sind auch der Meinung, dass nur die Effizienten, die das Richtige richtig machen, weiter als Institutionen existieren können. Wir sind auch der Meinung,

dass wir keine indirekten oder direkten Subventionen der Gemeinde erhalten sollten, denn das schafft tatsächlich Fehlanreize.

Es gibt eine Differenz. Du hast gesagt, dass es in Zukunft so sein soll. Wir als Altersheime Baar mit den Altersheimen Bahnmatte und Martinspark haben dieses Modell seit zwei Jahren und fahren sehr gut damit. Wir sind heute auch in der Situation, in der wir Eigenkapital für zukünftige Aufgaben auf die Seite legen können, was sehr wichtig für einen guten betriebswirtschaftlichen Betrieb ist.

Du hast auch die Ergänzungsleistungen erwähnt. Ich finde auch, dass das ein sehr grosses Thema ist und ein grosses Problem, wenn man sieht, was im Bundesparlament für Diskussionen stecken bleiben und nicht weiter kommen. Ergänzungsleistungen sind ein sehr wichtiges Instrument, damit man das zukunftsweisende Modell vom betreuten Wohnen tatsächlich umsetzen kann. Wenn man hier keine Lösung hat, das heisst, keine Ergänzungsleistungen für diese Wohnform da ist, dann muss man leider das betreute Wohnen vergessen.

Wir machen alles, dass wir die schützende Hand nicht mehr benötigen. Wir sind aber daran interessiert, dass wir in Zusammenarbeit die Analysen der Obsan-Studie gut aufarbeiten können. Ich möchte dem Gemeinderat hier für die Möglichkeit danken, Gespräche zu führen, wo auch die Genossenschaft für Alterswohnungen und die Bürgergemeinde anwesend waren. Wir haben dort klar gesagt, dass wir an der Klärung dieser Fragen interessiert sind. Ich habe dort auch darauf hingewiesen, dass wir die Strategie offen diskutieren müssen und nicht jetzt schon eine bestimmte Variante in den Vordergrund rücken und meinen, man könne aus dieser Variante eine Strategie ableiten. Es ist umgekehrt. Zuerst macht man eine Strategie und aus dieser Strategie ergeben sich dann drei oder vier Varianten. Die beste Variante nimmt man.

Ich danke dem Gemeinderat, dass wir wie die anderen Stakeholder einbezogen werden. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der CVP Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der CVP Baar wird Kenntnis genommen.

Andreas Hotz

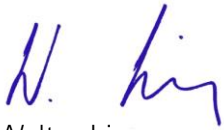
Wir sind erneut am Ende einer abwechslungsreichen, unglaublich spannenden Gemeindeversammlung angelangt. Wir haben nicht viel beschlossen aber viel diskutiert und viele Stimmungslagen entgegengenommen. Ganz herzlichen Dank an alle. Insbesondere auch an die jungen Leute, die die Interpellation eingereicht haben. Aber auch allen andern, danke dass Sie hier sind.

Wer jetzt noch Lust und Zeit hat ist selbstverständlich eingeladen, traditionellerweise einen kleinen Umtrunk mit uns zu haben. Es gibt auch Mineralwasser. Der eine oder andere hat aber bestimmt Lust auf ein Baarer Bier.

Ich fordere Sie auf, am 12. Dezember 2018 nochmals hier im Gemeindesaal zu erscheinen. Es wird die letzte Gemeindeversammlung in der laufenden Legislatur sein. Es wird auch dann sicher spannende Traktanden geben. Ich freue mich auf eine gute Diskussionskultur und Auseinandersetzung.

Ich wünsche allen einen schönen Abend. Danke, dass Sie hier waren. Ich wünsche Ihnen einen schönen Herbst.

Für das Protokoll



Walter Lipp
Gemeindeschreiber

Beilage

- Präsentation glp zu Traktandum 3

Baar, 21. November 2018 sn